

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **JUKO befasst sich mit parlamentarischen Aufträgen**

**Solothurn, 11. November 2008 – Die kantonsrätliche Justizkommission (JUKO) befasste sich mit verschiedenen parlamentarischen Aufträgen. Die Themen reichen von der einheitlichen Nummerierung von Wahllisten, der Neugestaltung des Amtsblatts, von Einbürgerungen mit Probezeit bis zur Angleichung der Praxis bei Einbürgerungen und Erteilung der Niederlassung. Im weiteren konnte sich die JUKO im Rahmen einer Differenzbereinigung zum Globalbudget der Kantonspolizei nicht mit der FIKO einigen.**

Der Auftrag der Fraktion SVP hat zum Ziel, dass generell bei Proporzwahlen aber insbesondere bei den Kantonsratswahlen, die Listen der gleichen Partei in allen Wahlkreisen immer auch die gleiche Ordnungsnummer tragen. Eine ähnlich lautende Motion wurde vom Kantonsrat bereits im Jahre 2001 mit grossem Mehr abgelehnt. Das bisherige System im Kanton Solothurn (Nummerierung nach der Reihenfolge des Eingangs im Wahlkreis) ist sehr einfach und klar in der Handhabung. Das Aargauer System (Zuteilung der Nummern nach der Anzahl der für die Verteilung der Sitze massgebenden Stimmen, welche bei der letzten Gesamterneuerungswahl auf die Listen entfallen sind) hat nach Ansicht des Regierungsrates zu gravierende Nachteile und erfordert zusätzlich noch ein anderes Verfahren für die neuen Listen. Eine Nummerierung nach dem Zufallsprinzip (Losziehung) ist umständlich und kaum befriedigend. Die JUKO, unter dem Vorsitz von Jean-Pierre Summ (SP, Bettlach),

lehnte entsprechend dem Antrag des Regierungsrat diese einheitliche Nummerierung ab und stimmte für Nichterheblicherklärung des Auftrags.

### **Neugestaltung Amtsblatt**

Der Auftrag Jakob Nussbaumer (CVP, Lohn-Ammannsegg) verlangt, eine Neugestaltung des Amtsblattes zu prüfen, eventuell mit einem Anhang der einzelnen Amteien und deren Gemeinden, mit wichtigen Mitteilungen für eine bessere Orientierung. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung des Auftrags entschied sich die JUKO, den Auftrag erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben. Dies weil die im Auftrag geforderte Prüfung der Neugestaltung erfüllt ist.

### **Einbürgerungen mit Probezeit**

Der Auftrag von Heinz Müller (SVP, Grenchen) hat die Ausarbeitung der nötigen gesetzlichen Änderungen zum Ziel, damit im Kanton Solothurn 16- bis 25-jährige Ausländer nur noch mit einer fünfjährigen Probezeit eingebürgert werden. Dem Auftrag wird zum Teil Sympathie entgegengebracht, er würde aber in eine reine Bundeskompetenz eingreifen und geltendem Bundesrecht widersprechen. Aus diesen Gründen stimmt die JUKO dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung zu.

### **Angleichung der Praxis bei Einbürgerungen und Erteilung der Niederlassungsbewilligung**

Der Auftrag der Fraktion FdP verlangt eine Angleichung und restriktive Handhabung der Praxis bezüglich der Auslegung und der Ermessensausübung im Verfahren der Einbürgerung und der Erteilung der Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis). Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Praxis innerhalb des gesetzlichen Rahmens bereits angepasst ist bzw. zurzeit angepasst wird. Die darüber hinausgehenden Harmonisierungsabsichten bei der Beurteilung der massgeblichen Wohnsitzdauer erweisen sich hingegen als nicht umsetzbar, zumal dadurch geltendes Bundesrecht verletzt würde. Die JUKO stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 7:7 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten auf Nichterheblicherklärung zu.

**Globalbudget "Polizei"**

Dem Antrag des Regierungsrats auf Erhöhung des Verpflichtungskredites für die Kantonspolizei um 23 Mio. Franken auf 147 Mio. Franken für die Jahre 2009-2011 stimmte die JUKO vorerst zu. Die Erhöhung wird vor allem mit der für die politisch geforderten Sicherheitsbedürfnisse notwendigen Polizeikorps-erhöhung begründet. Die Finanzkommission (FIKO) beantragte indessen eine Kürzung um 2 Mio. Franken pro Jahr, d.h. um 6 Mio. Franken für die Jahre 2009-2011. Beim notwendig gewordenen Differenzbereinigungsverfahren konnte sich die JUKO mit der FIKO nicht einigen und stellt nun ihrerseits einen Kompromissantrag mit einer Kürzung des vom Regierungsrat beantragten Verpflichtungskredites um 1 Mio. Franken pro Jahr, d.h. um 3 Mio. Franken für die Jahre 2009-2011